

Olympische Sommerspiele 1988 Friedens-Chancen durch eine Politik der Entspannung und Abrüstung

Drei Wochen vor Beginn der Olympischen Sommerspiele in Seoul ist es nun sehr wahrscheinlich geworden, daß diese Spiele tatsächlich einen bedeutsamen Beitrag zur Verwirklichung der Friedensidee des Olympismus leisten werden. Mit 161 teilnehmenden Ländern wird nahezu die gesamte Olympische Bewegung vertreten sein. Dies ist ein weiterer Schritt hin zur weltweiten Universalität als einem der wichtigsten Ziele der Olympischen Idee.

Die Initiative "Sportler und Sportlerinnen für den Frieden - gegen Atomraketen" begrüßt diese Situation außerordentlich. Sie wünscht den Athletinnen und Athleten aller beteiligten Länder, insbesondere auch denen aus der Bundesrepublik Deutschland, faire und erfolgreiche sportliche Wettkämpfe und der Welt insgesamt ein großes olympisches Fest.

Unter den außerordentlich komplizierten politischen Bedingungen im Vorfeld dieser Spiele ist eine solche positive Entwicklung erst möglich geworden, nachdem sich weltpolitisch ein tiefgreifender Klimawechsel vollzogen hat; weg von der Vorherrschaft einer Politik der Konfrontation und hin zu einer neuen Politik der Entspannung. Die Welt scheint befreit aufzuatmen unter einer Perspektive, in der sich vielfältige Chancen zur Abrüstung und zur nicht-militärischen, politischen Lösung internationaler Konflikte auftun. Die Friedensbewegung sieht sich durch diese Aussichten bestätigt in der Richtigkeit und Notwendigkeit der Forderungen, für die sie seit Jahren eintritt.

Gleichzeitig ist unverkennbar, daß die Weiterführung einer konsequenten Friedenspolitik auch künftig starke Widerstände zu überwinden haben wird. Die engagierte Weiterarbeit der Friedensbewegung wird daher auch weiterhin dringend geboten sein. Umso mehr ist zu bedauern und zu kritisieren, daß im Chor der gesellschaftlichen Kräfte, die energisch auf eine Weiterführung von Friedens-, Entspannungs- und Abrüstungspolitik drängen, noch immer die Stimme der organisierten Sportbewegung weitgehend fehlt. Der Sport sollte sich nicht ohne eigene aktive Mitträgerschaft als bloßer Nutznießer immer weiter isolieren gegenüber den gesellschaftlichen Kräften, die die Durchsetzung und Weiterführung der Friedenspolitik durch ihr praktisches Engagement fordern und ermöglichen.

Das IOC hat mit seiner Entscheidung von 1981 die Friedensziele der Olympischen Idee einer schweren Belastungsprobe ausgesetzt: Die Ausrichtung der Spiele von 1988 wurde mit Seoul an die Hauptstadt eines Landes vergeben, das mit maßgeblichen Trägerländern der Olympischen Bewegung keine diplomatischen Beziehungen unterhält, das als Staat in einer geteilten Nation in einem starken politischen und militärischen Spannungszustand mit dem anderen koreanischen Staat steht, und das aufgrund einer herrschenden Militärdiktatur innenpolitisch langanhaltenden bürgerkriegsähnlichen Spannungen ausgesetzt ist.

Es ist zu begrüßen, daß die Vergabe der Spiele nach Südkorea letztlich offenbar zu einer Dämpfung dieser Spannungen beigetragen und sogar Chancen zu einer weitergehenden außen- und innenpolitischen Entspannung und Demokratisierung eröffnet hat. Die Entscheidung von 1981 hätte nach der damaligen weltpolitischen Situation aber auch leicht zu einer fatalen Überforderung der ja nur begrenzten friedensfördernden Handlungsmöglichkeiten der Olympischen

Bewegung führen können. Und noch immer kann ein Durchschlagen der außen- und innenpolitischen Spannungsherde auf die Durchführung der Spiele selbst nicht ganz ausgeschlossen werden.

So bleibt auch zu hoffen, daß der für den Schutz des "Friedensbezirks Olympia" seit München 1972 leider erforderlich gewordene Sicherheitsaufwand von der südkoreanischen Regierung nicht zur Unterdrückung ihr mißliebiger innenpolitischer Oppositionskräfte mißbraucht wird.

Die Initiative "Sportler und Sportlerinnen für den Frieden – gegen Atomraketen" wendet sich direkt an die Athletinnen und Athleten, Funktionsträger und Funktionsträgerinnen der bundesdeutschen Olympiadelegation mit dieser Erklärung – verbunden mit der Einladung und Aufforderung, die Initiative bei ihrer weiteren friedenspolitischen Arbeit zu unterstützen.

Nicht zuletzt ist kritisch zu vermerken, daß das Nationale Olympische Komitee für Deutschland es bisher versäumt hat, in die Olympiavorbereitungen der von ihm zu entsendenden Delegation eine umfassende Aufklärung über die politischen Rahmenbedingungen dieser Spiele von 1988 einzubeziehen.